

Stand: 18.06.2026 03:02:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11458

"Heimatenergien ausbauen - pragmatische Energiepolitik verteidigen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11458 vom 15.04.2026
2. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 15.04.2026
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/12241 des WI vom 30.04.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

Heimatenergien ausbauen – pragmatische Energiepolitik verteidigen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die einseitige Energiewende die Abhängigkeit Bayerns und Deutschlands von ausländischen Energieträgern, kritischen Rohstoffen und ausländischer Fertigung dramatisch erhöht hat. Sie ist kein Garant für Freiheit und Sicherheit, sondern ein Risiko für Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Stabilität. Echte Heimatenergien auf Basis eines technologieoffenen, pragmatischen Energiemixes schaffen echte Souveränität.

Der Landtag befürwortet einen sofortigen Kurswechsel zu pragmatischer Energiepolitik. Der ambitionierte Ausbau wetterabhängiger Energien nach dem EEG-Pfad (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) hat massive Preissteigerungen bei Strom, Heizung und Mobilität verursacht und muss beendet werden. Maßnahmen zur ideologischen Dekarbonisierung oder zur Blockade heimischer Energien lehnt der Landtag ab.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung (Netzpaket, EEG-Novelle, Gebäudemodernisierungsgesetz) auf nachteilige Auswirkungen für Bayern zu prüfen und grundlegende Korrekturen zugunsten eines technologieoffenen Energiemixes, heimischer Ressourcen, bezahlbarer Energie und echter Souveränität zu fordern. Dies umfasst das Ende der Energiewende, die Aufhebung von Dekarbonisierungszwängen sowie die Diversifizierung und Entpolitisierung der Energieimporte einschließlich der Aufhebung kontraproduktiver Sanktionen.

Begründung:

Heimatenergien sind heimische, verlässliche und versorgungssichere Energieträger wie eigene Kernkraftwerke, einheimisches Erdgas (einschließlich Schiefergas/Fracking), Kohle sowie geologischer Wasserstoff. Diese Quellen nutzen Bayerns und Deutschlands riesige einheimische Reserven – Braunkohle für 120 Jahre Strombedarf, Steinkohle für über 1 465 Jahre – und schaffen echte Souveränität statt neuer Abhängigkeiten.

Die aktuelle Energiekrise hat schonungslos offengelegt, wie verletzlich Bayern und Deutschland durch die ideologisch getriebene Energiewende geworden sind. Statt Unabhängigkeit zu schaffen, hat der einseitige Ausbau von Wind- und Solarenergie neue, massive Abhängigkeiten erzeugt – nicht nur von Energieträgern, sondern auch von ausländischen Rohstofflieferanten und Fertigungskapazitäten. Laut den „Big-5“-Energiewendestudien müssen bei einem 100-Prozent-Erneuerbaren-Szenario 29 bis 64 Prozent des Energiebedarfs als grüner Wasserstoff oder E-Fuels aus autokratischen Wüstenstaaten importiert werden. Die Abhängigkeit von Photovoltaik-Fertigung aus China ist dramatisch (90 Prozent der Module, 99 Prozent der Wafer). Zudem ist die Importabhängigkeit Deutschlands seit 2003 weiter gestiegen.

Wind- und Solarenergie verschlingen enorme Mengen kritischer Rohstoffe und zementieren die Notwendigkeit fossiler Backup-Kraftwerke. In Dunkelflauten ist eine komplette zweite Infrastruktur erforderlich. Wind und Solar allein sind daher keine Freiheitsenergien, sondern erhöhen Importabhängigkeit, Flächenverbrauch und Kosten.

Laut Eurostat ist im Laufe der Energiewende die Abhängigkeit Deutschlands von ausländischen Energieimporten seit dem Jahr 2003 bis zum Jahr 2024 von 60,5 auf 66,8 Prozent gestiegen.

Die Energiewende hat die Preise für Energie, Strom, Heizen und Mobilität extrem in die Höhe getrieben. Die gesamtgesellschaftlichen Aufwendungen der grünen Transformation bis 2045 belaufen sich auf rund 13,3 Bio. Euro. Der Ausstieg aus der Kernkraft hat eine selbstverschuldete Kapazitätslücke von 8,5 bis 10 GW geschaffen – bei einem Bedarf von bis zu 35 GW steuerbarer Leistung bis 2035.

Deutschland und Bayern verfügen jedoch über riesige heimische Ressourcen, die eine echte Souveränität ermöglichen: Unkonventionelle Erdgasreserven von rund 30 000 TWh könnten den Jahresbedarf für 35 Jahre decken. Die drittgrößten Braunkohlereserven der Welt reichen für 120 Jahre Strombedarf, die Steinkohlevorräte theoretisch für über 1 465 Jahre. Neueste Studien deuten zudem auf erhebliche Vorkommen natürlichen („weißen“) Wasserstoffs in Nordbayern und den Bayerischen Alpen hin. Bayern könnte zum „deutschen Texas“ werden.

Ein technologieoffener Energiemix aus reaktivierten Kernkraftwerken (ehemals 20 GW), heimischem Fracking-Gas unter hohen deutschen Umweltstandards, Kohleverstromung, geologischem Wasserstoff und fortschrittlichen Reaktortechnologien schafft Versorgungssicherheit, senkt Preise und stärkt die Freiheit. Günstiges russisches Gas muss wieder möglich sein. Die grüne Monokultur von Wind und Solar führt dagegen zu höheren Kosten und neuer Abhängigkeit von China und autokratischen Staaten.

Alles andere wäre ein Festhalten an einer gescheiterten Politik, die Abhängigkeiten schafft, Preise explodieren lässt, Vermögen vernichtet und die Freiheit der Menschen in Bayern einschränkt. Jetzt braucht es einen echten energiepolitischen Neustart: Heimatergien ausbauen – pragmatische Energiepolitik verteidigen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/11445 mit 19/11447 und 19/11458 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 19/11458

Heimatenergien ausbauen - pragmatische Energiepolitik verteidigen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Köhler**
Mitberichterstatlerin: **Jenny Schack**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 44. Sitzung am 30. April 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende